

L16

Abt. 02 - Alexanderplatz

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

„Für offene Grenzen: Rücknahme der stationären Grenzkontrollen – für ein solidarisches, vereintes Europa“

1 1. Die SPD fordert die sofortige Beendigung aller stationären Grenzkontrollen an den deutschen Landgrenzen, die über die gesetzlich zulässigen und europarechtlich engen Ausnahmen hinausgehen.

2 2. Der Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, in der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die Bundesrepublik Deutschland keine Politik der dauerhaften Binnengrenzkontrollen betreibt und sich in der EU aktiv gegen jede Verstärkung solcher Maßnahmen einsetzt.

3 3. Die SPD lehnt es entschieden ab, europäische Grundfreiheiten und das Schengen-Abkommen aus innenpolitischem Kalkül oder symbolpolitischen Gründen zu unterlaufen.

4 4. Statt nationaler Abschottung muss die SPD auf eine vollständige und solidarische Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, den Schutz der Außengrenzen im Rahmen gemeinsamer Verantwortung und eine faire Verteilung Schutzsuchender in der EU drängen

25

26 **Begründung**

27 Die aktuellen stationären Grenzkontrollen an deutschen Landgrenzen sind politisch kurzfristig, europarechtlich zweifelhaft und schaden dem Zusammenhalt in der Europäischen Union. Sie untergraben das Schengen-System, dessen offener Grenzverkehr nicht nur ein wirtschaftlicher Vorteil, sondern ein zentrales politisches Versprechen Europas ist. Dauerhafte Binnengrenzkontrollen sind kein geeignetes Mittel, um Migration zu steuern oder Sicherheit zu erhöhen – sie sind Symbolpolitik, die Misstrauen zwischen Mitgliedstaaten sät, wirtschaftliche Schäden verur-

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Kein Konsens)

1. Die SPD fordert die sofortige Beendigung aller stationären Grenzkontrollen an den deutschen Landgrenzen, die über die gesetzlich zulässigen und europarechtlich engen Ausnahmen hinausgehen.

2. Der Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, in der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die Bundesrepublik Deutschland keine Politik der dauerhaften Binnengrenzkontrollen betreibt und sich in der EU aktiv gegen jede Verstärkung solcher Maßnahmen einsetzt.

3. Die SPD lehnt es entschieden ab, europäische Grundfreiheiten und das Schengen-Abkommen aus innenpolitischem Kalkül oder symbolpolitischen Gründen zu unterlaufen.

4. Statt nationaler Abschottung muss die SPD auf eine vollständige und solidarische Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, den Schutz der Außengrenzen im Rahmen gemeinsamer Verantwortung und eine faire Verteilung Schutzsuchender in der EU drängen

40 sacht und das Risiko diskriminierender Kon-
41 trollen erhöht.

42

43 Das europäische Recht erlaubt solche Kon-
44 trollen nur in klar begründeten Ausnahmefäl-
45 len und für begrenzte Zeit. Die derzeitige Pra-
46 xis stellt faktisch eine Aushöhlung dieser Re-
47 gel dar und läuft der Idee eines grenzenlosen
48 Europas zuwider. Wer Europa ernst nimmt,
49 muss auf gemeinsame Lösungen setzen: soli-
50 darische Aufnahme, rechtsstaatliche Verfah-
51 ren, Schutz der Außengrenzen und eine faire
52 Verteilung in der EU.

53

54 Die SPD darf sich nicht an einer Politik betei-
55 ligen, die europäische Errungenschaften preis-
56 gibt, um innenpolitischen Druck zu entschär-
57 fen. Wir stehen für ein Europa, das offen, so-
58 lidarisch und handlungsfähig ist – und nicht
59 für einen Flickenteppich aus Schlagbäumen
60 und Stacheldraht. Offene Grenzen sind ein
61 Kernstück unserer Freiheit. Sie zu verteidigen,
62 ist nicht nur europäische Pflicht, sondern so-
63 zialdemokratisches Selbstverständnis.

64